

Präsident: Der Herr Abg. von Dohlschlägel hat das Wort.

Abg. von Dohlschlägel: Nun, meine Herren, der Standpunkt, den der Herr Abg. Geyer gleich mit der Einleitung seiner Rede dokumentirte, ist eben der der Revolution.

(Lachen und Widerspruch seitens der Sozialdemokraten.)

Nun ja, Sie sagen: Wir haben für die Militärvorlage nicht gestimmt, also bewilligen wir auch keinen Groschen! Sie ordnen sich nicht dem Gesetze, den von geordneten Körperschaften getroffenen Bestimmungen, unter. Der Reichstag hat so beschlossen, das ist Gesetz geworden. Sie sagen, das gilt für uns nichts.

Den Standpunkt kann ich allerdings als Staatsbürger, als Bürger des gegenwärtigen Staates, nicht verstehen und ich will nur festnageln, daß Sie damit allerdings wieder einmal ihren revolutionären Standpunkt dokumentirt haben.

(Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten: Minorität!)

Nein, die Majorität! Es hatte der Reichstag zu entscheiden und nicht die von Ihnen ohne weiteres als Gegnerschaft angenommenen Stimmen der unterlegenen Reichstagskandidaten. Das gegenwärtige Gesetz gilt und nicht das Gesetz, wie Sie sich es in Ihrem Hirn zurecht legen. Nach allem dem ist es mir vollständig verständlich, daß Sie ablehnen wollen.

Interessant ist mir, daß Herr Geyer herausfindet: nein, es ist am Aufbringen nach unserem Einkommensteuergesetze doch noch ungeheuer zu tadeln, weil der kleine Mann hier immer noch zu hoch angenommen sei gegenüber dem großen. Ich dünkte, bei der verweigernden Stellung, die Sie im Reichstage genommen haben, bei Ihrem Streben, alle indirekten Steuern womöglich abzuschaffen, müßten Sie sich freuen, wenn der Bedarf durch unsere progressive Einkommensteuer aufgebracht würde; ich weiß aber wohl, warum Sie auch hiernach einen Stein werfen, weil Sie wissen, daß jede Erhöhung an direkter Steuer unangenehm berührt und Sie fürchten, daß man durch die Berechtigung der indirekten Steuern herausfinden könnte, wenn man sich nicht bethören läßt, daß nur in der ungerechten Vertheilung der Druck der direkten Steuern sich begründe.

Nun lassen Sie sich hier aber nicht mit der Erklärung der Steuerverweigerung, was ich für revolutionär erkläre, genügen, mißachten nicht bloß Gesetz und Ordnung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Sie achten diese doch nicht, daß ist ja klar — nun

gehen Sie auch noch auf die Materie der Reichstagsbeschlüsse hier ein und kritisiren dieselben.

Nun ja, meine Herren, da werden wir auf Ihre Stimmen wohl verzichten müssen. Ich glaube, wir anderen aber werden uns in die Lage schicken müssen. Ob wir im einzelnen einverstanden sind mit der eingetretenen Vermehrung des Militärs, darauf kann es uns nicht ankommen. Wir müssen uns der bestehenden Ordnung fügen und selbstverständlich die Mittel schaffen, da nach unserer Reichsverfassung das, was nicht durch Einnahmen des Reiches selber bedeckt wird, als Matrikularbeitrag auf die einzelnen Staaten zu fallen hat. Also ohne dadurch Stellung zu nehmen, was wir zur Militärvermehrung meinen, sind wir verpflichtet, der Regierung die Mittel zur Deckung dieses Staatsbedarfs zu bieten, und von diesem Standpunkte aus — so unangenehm es uns ist den Steuerzahlern Auflagen bringen zu müssen — werden wir wohl prinzipiell Alle dafür stimmen müssen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizepräsident Georgi.

Vizepräsident Georgi: Meine Herren! Ich muß dem Herrn Abg. von Dohlschlägel vollständig recht geben. Die Haltung, die seitens des Herrn Abg. Geyer eingenommen worden, ist die, daß er sich und seine Partei für berechtigt hält, dem Gesetze keine Folge zu geben, wenn es seinem Belieben nicht entspricht. So liegt die Sache. Es ist durch die geordnete Vertretung des deutschen Volkes mit den verbündeten Regierungen das Gesetz über die Vermehrung des Militärs zu Stande gekommen. Die Mittel dafür werden natürlich im Reiche gebraucht. Wenn dort die Steuervorlagen abgelehnt werden, schreibt die Verfassung des deutschen Reiches vor, in welcher Weise die Mittel aufzubringen sind: Durch die Matrikularbeiträge. Bei uns in Sachsen ist wieder vorgeschrieben, wie wir in solchen Fällen zu verfahren haben, wenn wir mit unseren ordentlichen Einnahmen nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse auskommen. Wir haben Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Das alles ist gesetzlich geordnet. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) Sie halten sich für befugt, zu sagen: Nein, wir fügen uns nicht, weil nach unserer Meinung die Vermehrung des Heeres keine zweckmäßige war. Damit stellen Sie sich vollständig außerhalb des Gesetzes, nehmen für sich ein souveränes Recht an, dem Gesetze zu gehorchen oder nicht zu gehorchen, je nachdem es Ihnen beliebt oder nicht. Da können Sie nicht widersprechen.